

Medieninfo

19. Januar 2024

Mehr Schutz für Saisonarbeitskräfte

Landwirtschaftsgewerkschaften aus Rumänien, Polen, Bulgarien und Deutschland unterzeichnen Kooperationsabkommen

Frankfurt am Main – Sie stechen Spargel, pflücken Erdbeeren, graben Kartoffeln aus. Miese Unterkünfte, eine Bezahlung noch unter dem gesetzlich festgelegten Mindestlohn, Akkordarbeit bis zum Umfallen, eine Krankenversicherung, die den Namen nicht verdient. Auch das ist Realität. Erntehelfer*innen in Deutschland, die aus dem Ausland kommen, müssen oftmals unter äußerst widrigen Bedingungen arbeiten. Und das sind nicht wenige: Im Schnitt kommen knapp 275.000 Saisonarbeiter*innen im Jahr zu uns, das sind knapp ein Drittel aller Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten.

Um die Rechte der Arbeitnehmer*innen zu stärken, haben die jeweiligen Spitzen der Landwirtschaftsgewerkschaften aus Deutschland, Rumänien, Polen und Bulgarien jetzt auf der Grünen Woche in Berlin ein Kooperationsabkommen unterzeichnet. Darin ist beispielsweise festgehalten, dass die Erntehelfer*innen „häufig unbekanntem Situationen ausgesetzt und nur unzureichend über ihre Rechte und Pflichten informiert sind“. Zwar kümmern sich die Gewerkschaften schon seit Jahren um diese Beschäftigten, doch würden ihre Arbeiten „durch national unterschiedliche Bedingungen erschwert. Die Zusammenarbeit über die nationalen Grenzen hinweg soll die Information und Beratung der betroffenen Arbeitnehmer*innen verbessern.“ Schließlich will man sich auch deutlich besser mit weiteren NGO's wie beispielsweise der „Fairen Mobilität“ vernetzen.

Die Unterzeichner*innen sind für Deutschland Harald Schaum, stellvertretender Vorsitzender der IG BAU, für Polen der Vorsitzende der ZZPR Grzegorz Wysocki, für Rumänien der Vorsitzende der Terra FSA Istrate Florin und für Bulgarien die Vorsitzende der FNSZ Valentina Vasilionova. Sie ist auch die Präsidentin des Agrarsektors des Europäischen Verbands der Landwirtschafts-, Lebensmittel- und Tourismusgewerkschaften (EFFAT).

Aus Rumänien kommen jedes Jahr über die Hälfte aller Erntehelfer*innen und aus Polen etwa ein Viertel. Der Rest verteilt sich auf meist osteuropäische Länder. Unterstützt wird das Abkommen vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).

Zitate:

Harald Schaum, stellvertretender Vorsitzender der IG BAU:

„Wir sind schon lange an dem Thema dran, denn unter den Bedingungen, unter denen die Saisonkräfte oftmals arbeiten, will eigentlich niemand arbeiten. Mit dem Kooperationsabkommen haben wir unsere Arbeit auf eine höhere Stufe gestellt: So können wir jetzt wesentlich gezielter die potenziellen Helfer*innen schon in ihren Heimatländern über die Bedingungen und vor allem Rechte hier in Deutschland informieren. Und wir können Hürden, die durch nationale Unterschiedlichkeiten bedingt sind, gemeinsam angehen.“

Valentina Vasilionova, Vorsitzende der FNSZ:

„Die grenzüberschreitende gewerkschaftliche Zusammenarbeit ist für die Würde der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft unerlässlich. Dieses Abkommen folgt auf eine mehr als 20-jährige Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften Bulgariens und Deutschlands.“

Dr. Rolf Schmachtenberg, Staatssekretär im BMAS

„Wir wollen faire Arbeitsbedingungen für Saisonarbeitskräfte. Nur wer seine Rechte kennt, kann diese auch einfordern. Deshalb begrüße ich sehr, dass sich Gewerkschaften aus Deutschland, Polen, Bulgarien und Rumänien grenzüberschreitend vernetzen und ein Kooperationsabkommen mit diesem Ziel schließen.“